
Medienmitteilung der SVP Aargau

Nicht die Zeit für Geschenke!

Es überrascht nicht, dass das Budget 2021 und die Planjahre aufgrund der Covid-19-Massnahmen mit vielen Unsicherheiten behaftet sind. Dafür hat die SVP Verständnis.

Kein Verständnis hat die SVP hingegen für die beantragte Lohnerhöhung von 0.5% für das Staatspersonal. Dazu kommen zusätzlich die Mutationsgewinne, vermutlich in ähnlicher Höhe. Dass dadurch durchschnittlich 1% mehr Lohn für ungefährdete Arbeitsplätze ausgegeben werden soll in einer Zeit, in welcher hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft gefährdet sind und viele Selbständigerwerbende vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen, ist vollkommen unverständlich. Auch der Stellenausbau in der Verwaltung muss – bei erwarteten Mindereinnahmen von rund CHF 100 Mio. jährlich – hinterfragt und gestoppt werden. Es muss auch befürchtet werden, dass die Steuerausfälle infolge ausbleibenden Gewinnen bei den Firmen massiv höher sein werden als heute prognostiziert.

Während der beantragte Stellenausbau nur in wenigen Bereichen nachvollziehbar und angebracht ist, z.B. aufgrund der steigenden Arbeitslosenzahlen, muss die Regierung, wie bereits mehrfach versprochen, die durch die Digitalisierung unnötig gewordenen Stellen zwingend abbauen. Im Weiteren ist zu prüfen, wie in anderen Bereichen wie z.B. der Schule der Bedarf abgedeckt werden kann ohne Qualitätseinbusse; zu denken ist an eine Vergrösserung der Klassen.

Die SVP hält fest, dass das Budget 2021 – entgegen der Behauptung der Regierung – alles andere als ausgeglichen ist: Entnahmen aus der Ausgleichsreserve von 120.5 Mio, erneut höhere Zahlungen aus dem Finanzausgleich Bund-Kantone von 492.5 Mio., (NFA, + 30 Mio.!), Umstellung Abschreibungspraxis bzw. Umgehung Schuldenbremse von 40 Mio. und erhoffte Ausschüttungen der Nationalbank von 105 Mio. überdecken das andauernde strukturelle Defizit um rund 750 Millionen Franken!

Es ist daher jetzt Zeit zum Masshalten und nicht für Geschenke!

Zur Erinnerung die von der SVP schon öfters genannten konkreten Sparvorschläge, die vom Regierungsrat seit Jahren ignoriert werden:

- Effizienzsteigerung in der Verwaltung
- Verzicht auf nur Wünschbares
- Reduktion Raumbedarf pro Arbeitsplatz auf in Wirtschaft übliche Fläche (inklusive Verkehrsfläche!)
- Massive Reduktion Personal in den Stäben
- Auslagerung Büroarbeitsplätze aus dem Zentrum in günstigere Agglomeration
- Überprüfung Lohnstruktur
- Reduktion Pauschalspesen z.B. bei Abteilungsleitern
- Beitragsparität 2. Säule
- Verzicht auf die Erstellung von umfangreichen, nutzlosen Berichten und Dokumentationen wie Kulturbereich, Umwelt Aargau etc.
- Massive Reduktion externe Berater etc.
- Verzicht auf unnütze Weiterbildungen („Kommunikation zwischen Frauen und Männern“, „Schlagfertigkeit im Alltag“, „Ärgere dich nicht, lebe“ etc.)
- Abbau Fachstellen Gleichstellung, Alter, Integration etc.
- Überprüfung Beiträge an staatsnahe Institutionen
- Verzicht auf Hightech Aargau
- Verzicht auf E-Voting
- Verzicht auf Beitrag an Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA; Fr. 800'000)
- Effizienzsteigerung Betreuung Asylsuchende. Unbegleitete minderjährige Asylsuchende können z.B. durch Landsleute, die auch im Asylverfahren sind, betreut werden.
- Erhöhung durchschnittliche Abteilungsgrössen an der Volksschule. Weniger Heilpädagogen, Logopäden und Psychologen.
- Streichung Suizidprävention im Gefängnis wie z.B. beim Fall Ruppertswil für Fr. 50'000/Monat

Staufen, 21. August 2020

*Weitere Auskünfte für Medienschaffende:
Grossrat Christoph Hagenbuch, Oberlunkhofen, 079 243 52 19*